

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1920

316 (15.7.1920) Abendausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Redaktion
Telef. Nr. 809 u. 819

Weitans größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.
Beilagen: Sportblatt * Landwirtschaft und Gartenbau * Mode und Handarbeit * Volk und Heimat.

Einzelnummern und Verlags-
Verz. T. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Ständige Auflage ca.
50 000 Exemplare.

Geschäftsstelle:
Städt. und Komm. - Bed. n. 808
Kaiserstraße und Marktplatz.
Postfach-Nr. 8359.

Nr. 316.

Karlsruhe, Donnerstag den 15. Juli 1920.

36. Jahrgang.

Dr. Simons und Lloyd George.

4. Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtb.) In der Nacht zum Donnerstag soll nach sonst zuverlässigen Quellen eine erneute Besprechung zwischen Lloyd George und Dr. Simons zu einer Uebereinkunft geführt haben. Dr. Simons soll die Bedingung einer monatlichen Kohlenlieferung von 2 Millionen Tonnen unter gewissen Voraussetzungen angenommen haben, zu denen namentlich die Lieferung von Lebensmitteln für die Bergarbeiter gehört. Auch von anderer Seite wird die Unterredung zwischen Lloyd George und Dr. Simons bestätigt, sowie ausdrücklich die Besserung der allgemeinen Lage nach diesem Besuch betont. Die Deutschen haben in der Nacht drei Delegierte zu Lloyd George geschickt. Die Besprechungen bei diesem haben verhältnismäßig lange gedauert. Nach diesen Besuchen sandte Lloyd George einen dringenden Boten zu Millerand. Die Militierten sind heute vormittag 11 Uhr zusammengetreten. Ihr Ultimatum an die Deutschen besteht de facto nur aus einer mündlichen Mitteilung Lloyd Georges an Simons, in der er ganz offen erklärte, weitere Zugeständnisse von alliierter Seite wären nicht möglich, und die Deutschen müßten sich entscheiden, ob sie die letzten Forderungen der Militierten annehmen wollten oder nicht. Falls wir bis heute mittag 11 Uhr keine Erklärung über die Annahme dieser Forderungen abgeben, wird das mündliche Ultimatum in aller Form schriftlich wiederholt werden. Es liegen zwei Fassungen für dieses Ultimatum vor, von denen Lloyd George die mildere wählte. Diese besteht aus der Forderung von 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich und erklärt, daß im Falle einer Weigerung Deutschlands das Ruhrgebiet besetzt werden würde, enthält aber auch die Forderung, daß die Militierten als Gegenleistung Lebensmittel liefern wollten. Italien hat erklärt, daß es sich an einer Besetzung des Ruhrgebietes nicht beteiligen werde.

„Unter gewissen Bedingungen angenommen“.

Kurz vor Redaktionsschluß erreicht uns folgende von dem französischen Nachrichtenbureau Havas verbreitete Meldung:

— Spa, 15. Juli. Die Deutschen haben unter gewissen Bedingungen die Vorschläge der Militierten in der Frage der Kohlenlieferungen angenommen.

Die deutsche amtliche Berichterstattung, die während der Verhandlungen von Spa gänzlich unzureichend ist, hält offenbar mit einer Mitteilung über die Annahme der Kohlenlieferungen aus unerklärlichen Gründen zurück. Wir geben die Havasmeldung deshalb bis zum Eintreffen der deutschen amtlichen Bestätigung mit Vorbehalt wieder.

Die revolutionäre Bewegung in Italien.

15. Rom, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Seitens der Regierung sind letzter Tage sehr wertvolle Entdeckungen gemacht worden, welche die verfeinerte Organisation und ihre Tätigkeit in Italien erkennen lassen, die den Augenblick für geeignet hielt, die Regierung durch Gewalt zu stürzen. Die Revolution war sorgfältig vorbereitet, doch ist es verschiedenen Umständen zu verdanken, daß der Plan in seiner Gesamtheit nicht ausgeführt wurde. Mit der Nachricht der neuen Regierung war von den Anarchisten in weitem Sinne gerechnet worden, und man hatte gehofft, daß die Regierung abhandeln würde, wenn die Truppen im ganzen Lande verziehen würden. Von den Meutereien haben verschiedene Soldaten eingestanden, daß man ihnen erzählt hatte, die Regierung würde stützen und Rom sollte von den revolutionären Truppen umzingelt werden. Damit würde der Erfolg gesichert und in Mailand eine republikanische Regierung ausgerufen. Die Anarchisten haben bedeutende Unterstützung aus Ausland erhalten. Aber auch spanische Anarchisten befinden sich in großer Zahl in Italien und zwar im internationalen Auftrag. Das Zentrum der ganzen Bewegung ist Moskau, ohne daß dies die meisten der italienischen Revolutionäre begriffen haben. Ihnen schwebt das Ziel vor, eine ähnliche Arbeiterregierung wie in Rußland zu bilden, wofür sie bereits den Verwaltungsrat vorgelesen hatten. Unter den verhafteten Personen befinden sich mehrere ungarische Kommunisten, die dort bei den früheren Vorgängen eine bedeutende Rolle spielten. Giolitti erbatte im Ministerrat ausführlich über die Vorgänge Bericht und forderte, daß die Regierung sich zu Maßnahmen erklären soll, welche der anarchistischen Revolution sofort ein Ende bereitet. Das Volk sei nicht gewillt, sich von ausländischen Abenteurern mitreißen zu lassen. Demokratische Reformen in der Landesverwaltung hält Giolitti ebenso dringend erforderlich, als eine weitergehende Abänderung der Verfassung, doch warnt er vor Überhitzungen und will zunächst eine staatliche Kommission beauftragen, um die Forderungen des Volkes zu prüfen. Es ist in Aussicht genommen, die Volkspartei zu voller Unterstützung der Regierung zu gewinnen und die gemäßigten Kreise der Sozialisten zu stärken, um den linken Flügel der Radikalen zu entwaffnen.

15. Wien, 15. Juli. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Meldung aus Laibach, wonach in den von Italienern besetzten Gebieten in Dalmatien am 8. Juli Offiziere und Mannschaften eines Bataillons des italienischen Inf.-Regts. Nr. 14 unter den Rufen: „Nieder mit dem König! Es lebe Lenin!“ demonstrierten. Die Offiziere forderten die Mannschaften auf, die besetzten Gebiete zu verlassen. Erst als das italienische Kommando Verstärkung erhielt, wurden die Meuterei entwaffnet, abtransportiert und acht Offiziere verhaftet. Weiter meldet das Blatt, daß in Rivamonte der Vorfälle in Spalato es in Triest zu einem blutigen Konflikt mit den Kroaten kam, wobei 2 Personen getötet und 30 verwundet wurden. Zwei Druacineren wurden zerstört.

Das Adriaproblem.

o Zürich, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das „Giornale d'Italia“ meldet: Giolitti hat die Lösung des Adriaproblems auf Grund einer Desinteresselmentklärung, die er von den Verbündeten zu erhalten hofft, zu lösen versucht.

o Basel, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Zentralagentur“ meldet aus Belgrad: Die jugoslawische Vertretung in Paris erhielt von der Belgrader Regierung Instruktionen für direkte Verhandlungen mit Italien über das Adriaproblem. Frankreich erklärte ebenfalls, es stehe auf dem Standpunkt, daß die Lösung der adriatischen Frage nicht mehr aufgeschoben werden dürfe.

Die Unruhen in Spalato.

15. Agram, 15. Juli. (Südslav. Pressebur.) Auf die Nachricht von den blutigen Ereignissen im Spalato zog die Volksmenge

vor das Armeekommando und verlangte die Befreiung vom italienischen Joch. Unter Abhängen der Nationalhymne demonstrierte schließlich die Menge gegen die Italiener. Ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet.

15. Belgrad, 15. Juli. (Südslav. Pressebur.) Amtlich wird verlautbart: Der Ministerrat beschloß anlässlich der unliebsamen Ereignisse in Spalato ein Communiqué zu veröffentlichen, worin den Staatsbürgern empfohlen wird, gegenüber italienischen Herausforderungen die größte Kaltblütigkeit zu bewahren und alles zu vermeiden, was einer Herausforderung oder Beleidigung eines fremden Staates ähnlich wäre.

Der polnische Zusammenbruch.

Der Glanz und die Herrlichkeit des neuen Polenreichs von Frankreich und der Entente Gnaden waren von kurzem Bestand. Von dem Tage ab, da die polnischen Grenztruppen praktisch zu arbeiten und positiv zu regieren genötigt waren, zeigte sich die ganze Hohlheit des neuen Staatswesens. Es fehlte nicht nur an den notwendigen Staatseinrichtungen, sondern auch an den erforderlichen Menschen, die insstande gewesen wären, den Aufbau zu leiten und Ordnung und Disziplin im Lande zu schaffen. Alle Unterhaltungen, die von Frankreich her in eigenmächtiger Weise geleistet wurden, dienten nur dazu, die Geschwollenheit der polnischen Machthaber und ihre unerfüllbaren Ansprüche ins Angemessene zu heigern. Bei der Verbesserung der gewaltam angelegerten Gebiete löschten sie in kürzester Zeit alle etwa vorhandenen Sympathien aus und im eigenen Kongresspolen wuchs die Zerfahrenheit und Unordnung. Polnische Wirtschaft machte sich überall breit und bewies, daß dieses Volk in der jahrhundertelangen Knechtschaft die alte Unfähigkeit in Selbstregieren nicht überwunden hat.

Zu allem Unglück wurde es von der Entente in den Krieg mit Sowjetrußland gekehrt. Aber die polnischen Regionen, die schon im Weltkrieg unter den Fahnen fremder Kriegsherren nur mit Vorsicht hatten verwendet werden können, verlagten auch bald im Kampf für das eigene Volk. Und die neu zusammengerafften Truppen, ungeübt und unbillig, vermochten den bolschewistischen roten Armeen erst recht nicht stand zu halten. Und bei den Russen war nicht nur die Ueberzahl an Mannschaften und Waffen, sondern auch die bessere Führung. Kriegserprobte zaristische Offiziere in den mittleren und oberen Kommandostufen waren den französischen Offizieren weit überlegen, die das polnische Heer führten. So kam, was kommen mußte, der völlige militärische Zusammenbruch. Das polnische Heer flüchtete überall, zum Teil in ungeordneter Weise zurück und verlor die Verteidigungsstellungen an der östlichen Grenze Kongresspolens einzunehmen und zu halten. Ob das Letztere gelangt, ist selbst den eigenen Führern sehr fraglich. Die abgekämpfte, erschöpfte und durch gewaltige Niederlagen demoralisierte Armee Polens vermag das Land auf die Dauer nicht vor bolschewistischer Ueberflutung zu schützen. Die verzweifeltsten militärischen Anstrengungen des Obersten Verteidigungsrates in Warschau und die Zwangsaushebungen in den ehemals preussischen, jetzt zu Polen gekommenen Gebieten beweisen, daß die polnischen Machthaber erkannt haben, daß es um Leben und Sterben Polens geht.

In ihrer Not flüchten sie zu den Ententemächten. In Spa ist Herr Grabski Hilfe flehend zum General Foch geeilt und hat um militärische Unterstützung gebittelt. Lange Beratungen zwischen den Machthabern der Militierten haben schließlich dazu geführt, daß der Oberste Rat sich zu einem Vermittlungsangebot hergeben hat, das von den Polen völlige Unterwerfung unter die Diktatur der Entente verlangt. Verzicht auf jeden imperialistischen Plan, Grenzfestsetzung ohne jeden Vorbehalt durch die Entente, Zurückziehung der polnischen Truppen auf die Linie Grodno-Brest-Litovsk, das sind die harten Voraussetzungen, unter denen der Oberste Rat eingestehen will. Aber auch dann wird positive militärische Hilfe von der Entente nur für den Fall zugesagt, daß die bolschewistischen roten Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten und auf Warschau marschieren sollten. Aus den Erfahrungen des Weltkrieges weiß man zu Genüge, welcher Unterschied zwischen militärischer Hilfe und wirklichen Hilfeleistungen bei der Entente besteht. Aber die Polen haben keine Wahl. Sie werden froh sein müssen, auch nur diese Verträge beim Obersten Rat herausgeschlagen zu haben. Eine Ablehnung der gestellten Bedingungen kann gar nicht in Frage kommen.

Der polnische Zusammenbruch trifft auch die Ententeregierungen sehr empfindlich. Sie müssen jetzt erkennen, wie sehr sie sich durch die polnischen Großpredereien haben hinter das Licht führen lassen. Das Abstimmungsresultat in Ost- und Westpreußen beweist ebenso sehr die völlige Haltlosigkeit der polnischen Ansprüche wie der militärische Zusammenbruch und wie die innere Unordnung im Polenreich. Wenn es dem heutigen Rußland schon möglich war, in wenigen Wochen Polen zu erdrücken, so muß die Hoffnung doch wohl aufgegeben werden, daß in Zukunft dieses Reich eine starke Rückenbedeckung der Weltmächte gegenüber Deutschland und ein Bollwerk gegenüber Rußland werden könnte. Das polnische Karrenhaus der Entente fällt zusammen. Je eher das die Militierten erkennen, um so besser für sie und für Europa. Schon tauchen Pläne auf, die Fragen des polnischen Korridors in Westpreußen und des neuen Freistaates Danzig wieder auf die Tagesordnung von Besprechungen zwischen den Militierten zu bringen. Vielleicht sind diese Pläne noch etwas verfrüht. Aber sicher scheint heute schon zu sein, daß die polnische Herrlichkeit über kurz oder lang zu Ende geht.

Ein Aufruf Wladislaw.

o Basel, 14. Juli. (Eig. Drahtber.) Das polnische Pressbüro meldet: Staatspräsident Wladislaw richtet im Namen des Verteidigungsrats an das polnische Volk einen neuen Aufruf, in welchem es heißt: Polen sei jeden Augenblick bereit, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der zwischen Polen und Rußland lebenden Völker Frieden zu schließen.

Die Wünsche in der Südrutinae.

15. Wien, 15. Juli. Der „Ukrainische Präsident“ meldet aus Kamenew-Podolsk vom 12. Juli: Seit vier Tagen stehen die ukrainischen Truppen, die das Gebiet von Prodnorow, Mahilew gegen die bolschewistische Invasion verteidigen, in schweren Kämpfen gegen die russische Uebermacht. Mit dem Eintreffen der 11. bolschewistischen Armee hat hier der bolschewistische Hauptangriff eingeleitet, der über Ternopol und Brody gegen Lemberg gerichtet ist. Zwischen ihm ist es größeren Verbänden der ukrainischen Truppen gelungen, im Süden den Kampffront durch russische Kolonnen in das Innere des Landes vorzudringen.

Die Hallerische Freiwilligenarmee.

o Basel, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Havas meldet aus Warschau: Die Hallerische Freiwilligenarmee hat sich auf 300 000

Mann erhöht. In Lemberg wurde eine Zivilmiliz organisiert, die bereits 60 000 Mann zählt. Die Warschauer Banken haben bisher 50 Millionen Mark für die Armee einbezahlt.

Tscheken und Polen.

o Basel, 14. Juli. (Eig. Drahtb.) Das polnische Pressbüro meldet offiziell: Seit Sonntag halten die Tscheken alle Munitionstransporte an, die für Polen zum Kampf gegen die bolschewistische Invasion bestimmt sind. Am Montag wurden von den Tscheken 19 Wagen mit Munition angehalten. Abteilungen polnischer Soldaten, die auf tschechisches Gebiet übertraten, wurden von den tschechischen Grenztruppen entwaffnet und interniert.

Die Wünsche der Deutschen in Neuolen.

15. Berlin, 14. Juli. In den letzten Tagen sind bei der Reichsregierung und beim Auswärtigen Amte Telegramme der Bevölkerung der an Polen ohne Abstimmung abgetretenen Gebiete eingelaufen, in denen die dringende Bitte ausgesprochen wird, alles daran zu setzen, um die Gebiete, in denen die Bevölkerung ebenso wie in den Abstimmungsgebieten überwiegend deutsch ist, für Deutschland zu retten.

Aus Sowjetrußland.

o Zürich, 14. Juli. (Eig. Drahtb.) Die Moskauer „Swestka“ meldet: Nach offiziellen Angaben wurden im Verlauf des Jahres 1919 allein auf Befehl der Obersten Sowjetbehörde 126 000 Personen in Rußland verhaftet und 10 000 hingerichtet.

o Zürich, 14. Juli. (Eigener Drahtb.) Wie die „Neue Zürch.“ meldet, gibt die statistische Abteilung des Moskauer Volkskommissariats für Volksgesundheit bekannt, daß im Verlauf der ersten Juliwoche in Sowjetrußland 1662 Personen an der Cholera erkrankt und 905 daran gestorben sind.

Neue Vorschläge Krassin.

15. Amsterdam, 15. Juli. Die „Times“ schreiben: Es verlautet, daß sich unter den neuen Vorschlägen, die Krassin der britischen Regierung unterbreiten wird, das Angebot befindet, die beschlagnahmten Fabriken in Rußland den geüblichen Eigentümern wieder zurückzugeben. Die Sowjetregierung ist bereit, den Fabrikbesitzern jeder Nationalität zu gestatten, nach Rußland zurückzukehren, um ihre Werke wieder in Betrieb zu setzen. — Der Sowjetminister in Amerika verteidigt nach der „Times“ mit, daß kanadische Bankiers einen Vertrag abgeschlossen haben, nach dem 2 1/2 Millionen Pfund Sterling Gold nach Kanada als Zahlung für kanadische Güter gesandt werden sollen.

Deutsche Auswanderer nach Sowjetrußland.

4. Berlin, 14. Juli. (Eig. Meldung.) Am Mittwoch hat der erste Transport deutscher Auswanderer nach Sowjetrußland Berlin verlassen um auf dem Seewege Rensau zu erreichen; der Transport besteht aus 200 Männern, fast ausschließlich Metallarbeitern und Bauhandwerkern. Die kleine Truppe hat von der Sowjetregierung Nachricht erhalten, daß sie in der russischen Industriestadt Kholmna, 120 km von Moskau entfernt, Quartiere erhalten werde. In Kholmna befinden sich Eisenbahnerwerkstätten, in denen die Arbeiter beschäftigt werden sollen. In den nächsten Wochen sollen mehrere Abteilungen von tausend Auswanderern nach Rußland abgehen, da die Reichsregierung jetzt nach langen Verhandlungen Anstellerslaubnis in größerem Umfang erteilt hat. In den nächsten Wochen wird sich eine deutsche Gewerkschaftskommission nach Rußland begeben, um festzustellen, ob den Arbeitern entsprechende Arbeit und Unterkunft gewährt werden.

Die Unruhen in Peking.

o Zürich, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Reuter“ meldet aus Peking: Die Stadt Peking wird von den aufrührerischen Truppen beschoßen. Vor den Toren der Stadt hat sich ein heftiger Kampf entwickelt. Die Mitglieder der auswärtigen Gesandtschaften verlassen teilweise die Stadt.

Deutsches Reich.

Der Zwischenfall vor der französischen Botschaft.

4. Berlin, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Trotz ununterbrochener Fortsetzungen der Ermittlungen ist es bis heute nicht gelungen, die Persönlichkeit zu ermitteln, die die Tricolore vom Gebäude der französischen Botschaft heruntergeholt hat. Der Polizeipräsident hat auf die Ergreifung dieser Person eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt. Nach einer Meldung aus Spa hat der Zwischenfall dort eine gewisse Verwirrung hervorgerufen, wird jedoch auf die Entscheidungen der Konferenz kaum einen Einfluß haben.

Vertrauensvotum für die württembergische Regierung.

15. Stuttgart, 14. Juli. Bei der heutigen Abstimmung im Landtag wurde der Regierung das Vertrauen mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei ausgesprochen gegen die Stimmen der Unabhängigen, Bürgerpartei und Bürgerbund enthielten sich der Abstimmung. Ein Vertrauensvotum der Unabhängigen wurde mit 74 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Gewalttätige Preisherabsetzung in Dresden.

15. Berlin, 15. Juli. Wie aus Dresden gemeldet wird, kam es dort gestern erneut zu Lebensmittelkudgebungen. Kaffees und Konditorien mußten Mehl, Milch und Eier zu sehr billigen Preisen an die Erwerbslosen abgeben. Die Lebensmittelgeschäfte haben geschlossen. Die künftigen Lebensmittel sollen mit 50% Nachlaß an die Erwerbslosen und Minderbemittelten bis zu 12 000 M verteilt werden.

Die Kosten der Besetzung.

15. Brüssel, 15. Juli. Die Wäcker melden, daß die Wiedergutmachungskommission nach Prüfung der deutschen Beschwerden wegen der ungeheuren Kosten der militärischen Besetzung der deutschen Gebiete die von den Deutschen in Ausführung des Friedensvertrages zu zahlende Summe auf 7 Franken pro Tag und Soldat festgesetzt haben.

15. Efen (Ruhr), 14. Juli. Oberlehrer Dr. Simons, der während der Märzunruhen im Auftrage des roten Volksrates als Leiter der hiesigen Zeitungen tätig war, wurde vom Efenen Landgericht wegen Misamattung und Landfriedensbruch in Tateinheit zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und wegen Fluchtverdachts verhaftet.

15. Allenstein, 14. Juli. (Eig. Meldung.) Aus Gesprächen mit Mitgliedern der alliierten Kommission ist zu entnehmen, daß diese damit rechnen, ihre Tätigkeit Ende August einstellen zu können. Das hätte nach Artikel 95 des Friedensvertrages zur Voraussetzung, daß die Entscheidung des Obersten Rates in Paris noch in diesem Monat fällt.

